

# Pressemitteilung

12.12.2023

## SkF zur Haushaltsdebatte

Dortmund, 12.12.2023. Angesichts der aktuellen Haushaltsdebatte appelliert der Vorstand des SkF Gesamtvereins an die Politik, nicht bei den Menschen sparen zu wollen, die schon heute mit den gestiegenen Lebenshaltungskosten nicht mehr zurechtkommen. Besonders betroffen sind Familien mit geringen Erwerbseinkommen und im SGB II-Bezug, ältere Menschen, Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen und Geflüchtete. „Diese Menschen dürfen nicht das Gefühl bekommen, durch die sozialen Netze zu fallen und nicht mehr Teil unserer Gesellschaft zu sein. Das gefährdet den sozialen Frieden und die Demokratie in unserem Land“, warnt Renate Jachmann-Willmer, SkF Vorstand.

Die Alltagsorgen vieler Menschen kennt Gabriele Andresen aus der Allgemeinen Sozialberatung und Wohnungsnotfallhilfe des SkF Ibbenbüren: „Die Zahl der Kund:innen unserer Tafel wächst. Alle leiden unter den gestiegenen Energie- und Lebensmittelpreisen. Schlimm ist es für Eltern, jetzt zu Weihnachten kaum die Wünsche Ihrer Kinder erfüllen zu können.“ Viele fühlten sich von den Jobcentern allein gelassen, „wenn es darum geht, ihnen zustehende Leistungen z.B. für Kinder mit besonderem Bedarf geltend zu machen“, so Andresen.

Bei allen notwendigen Spardebatten dürfe nicht vergessen werden, dass es für die Zukunft unserer Gesellschaft entscheidend ist, allen Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen auf Bildung und Ausbildung und soziale Teilhabe zu ermöglichen. „Wenn in der Kinder- und Jugendhilfe nur noch notfallmäßig gehandelt werden kann und bei präventiven Maßnahmen wie beispielsweise ambulanten Erziehungshilfen, der offenen Kinder- und Jugendarbeit, Familienbildung und Familienberatung gespart wird, dann verlieren wir noch mehr Kinder und Jugendliche“, ergänzt Heike Siemel, Geschäftsführerin des SkF Frankfurt.